

Die europäischen Parteienzusammenschlüsse

THOMAS R. HENSCHEL

Europa erlebt dramatische Veränderungen. Probleme entstehen schneller als sie gelöst werden können. Die Hoffnungen der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas sind auf die Europäische Gemeinschaft gerichtet, während diese vor dem entscheidenden Schritt zur Europäischen Union steht. Die politischen Parteienbündnisse, Europäische Volkspartei (EVP), Bund der Sozialdemokratischen Parteien (Bund) und die Europäischen Liberalen und Demokraten (ELDR) sehen sich den selben Erwartungen ihrer potentiellen Schwesterparteien in Mittel- und Osteuropa ausgesetzt und sind selbst noch im wesentlichen dabei, neue Strategien und Strukturen für das sich verändernde Europa zu finden. Die Themen, die im Mittelpunkt der Arbeit der drei Parteienföderationen stehen, spiegeln dies wider: Der Vertrag von Maastricht, die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa und die notwendigen Veränderungen der Strukturen der Parteienföderationen. Alle Parteienföderationen verurteilen das brutale Vorgehen der jugoslawischen Armee¹. Auch gegen das Wiederaufleben von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in einigen europäischen Ländern haben alle Parteienföderationen in verschiedenen Erklärungen nachdrücklich Stellung bezogen².

Der Vertrag über die Europäische Union

Anfangs wurde der Vertrag über die Europäische Union³ wegen fehlender politischer und sozialer Erfolge als nicht ausreichend beurteilt. Der Rechtsruck bei den letzten Wahlen in Frankreich, Deutschland und Italien brachte allerdings deutlich einen Stimmungswandel in der EG-Bevölkerung zum Ausdruck. Der zunehmende Souveränitätsverzicht, die einheitliche europäische Währung, die weitere europäische Öffnung werden nicht mehr wie selbstverständlich akzeptiert. Insbesondere aber formiert sich zunehmend Kritik an einer Abgabe von nationalen Souveränitätsrechten an die Europäische Gemeinschaft, ohne das diese mit ausreichender demokratischer Legitimation ausgestattet erscheint.

Die Ablehnung des Vertrages durch die Bürger Dänemarks konfrontiert alle Parteienbündnisse mit einer neuen Situation. Zwar hat die mit 69% höher als erwartet ausgefallene Zustimmung durch die irische Bevölkerung die Europakleinmütigkeit zunächst wieder gestoppt, das Problem der Akzeptanz des Integrationsprozesses bleibt jedoch bestehen. Einigkeit besteht bei allen Parteienföderationen darin, daß der Vertrag von Maastricht politisch nicht scheitern darf. Eine Ablehnung könnte "die Gemeinschaft auf Jahre hinaus in Stagnation und Handlungsunfähigkeit stürzen", so Klaus Hänsch vom Bund. "Trotz demokratischen

Defizits", sieht Elmar Brok von der EVP, den Einfluß des Europäischen Parlaments "durch den Vertrag gestärkt"⁴.

Bund der Sozialdemokratischen Parteien

Das sozialdemokratische Selbstverständnis, daß es nur weniger zentraler Instanzen bedürfe, um eine Gesellschaft zu integrieren⁵, findet sich auch in der Haltung des Bundes zu Maastricht wieder: die Bildung eines europäischen Zentralstaates wird eindeutig abgelehnt. Die Verankerung des Prinzips der Subsidiarität, des Föderalismus und der Solidarität im Vertragswerk wird vom Bund ausdrücklich begrüßt⁶. Das nach wie vor bestehende Demokratiedefizit der Gemeinschaft wird dagegen kritisiert. Einzig das neue Mitbestimmungssystem des EP nach Artikel 189b und die damit verbundene Erweiterung des Einflusses des EP entspricht der Forderung des Bundes. Nicht verwirklicht wurden dagegen: die Ausweitung der Rechte des EP bezüglich der Wahl des Präsidenten der EG-Kommission und das geforderte legislative Initiativrecht für das Parlament gegenüber der Kommission. Als ebenfalls unzureichend werden die bisher erzielten Ergebnisse im Sozialbereich bezeichnet. Wesentlich für den Bund sind die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Frauenförderung, Etablierung eines Systems sozialer Sicherheit auf höchstem Niveau, Chancengleichheit. Außerdem wird eine bessere Konvergenz der Asyl- und Einwanderungspolitik gefordert.

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) soll über einen Übergangsprozeß erreicht werden, der einer demokratischen Kontrolle unterliegt, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten vermeidet und eine ausgewogene Entwicklung ermöglicht. Als Bedingungen werden genannt: nicht-inflationäres Wachstum, Umwelt, Vollbeschäftigung, gerechte internationale Finanzbeziehungen. Die Pläne für eine Europäische Zentralbank werden vom Bund ebenso unterstützt wie von der EVP.

Europäische Volkspartei

Die EVP begrüßt die Fortschritte in Richtung auf die Wirtschafts- und Währungsunion, insbesondere die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses. Kritisiert wird dagegen, daß die Beschlüsse zur Verbesserung des Entscheidungsverfahrens, insbesondere zu den Kompetenzen des Europäischen Parlaments, bei weitem hinter den Forderungen der EVP zurückbleiben. Im Unterschied zum Bund vertraut die EVP darauf, daß durch die Maastrichter Beschlüsse eine irreversible Dynamik entstehen wird, die letztlich auch im Bereich der Europäischen Union zur Demokratisierung führen wird. Das neue Verfahren zur Einsetzung der Kommission und die auf fünf Jahre verlängerte Amtszeit werden als Basis angesehen, von der aus Überlegungen über die Entstehung einer wirklichen europäischen Exekutive und einer Parlamentarisierung des Gemeinschaftssystems angestellt werden können.

Enttäuscht zeigt man sich allerdings wegen der weiterhin beschränkten Mitwirkungsrechte des EP⁷. Die EVP will in Zukunft verstärkt auf den Gebieten der

Stärkung der Institutionen, der Schaffung einer europäischen Exekutive, der Verringerung des demokratischen Defizits sowie der europäischen Identität einschließlich der Verteidigung tätig werden⁸.

Europäische Liberale und Demokraten

Die Liberalen betonen, daß die Europäische Union einen föderalen Charakter haben muß, der die nationalen Identitäten und regionalen Unterschiede ihrer Mitglieder auszudrücken vermag und der, bei gleichzeitiger ökonomischer und sozialer Kohäsion, auf dem Prinzip der Subsidiarität beruht. Daher sei die Überwindung des demokratischen Defizits in der EG eine der vorrangigen Aufgaben. Unterstrichen wird, daß der Binnenmarkt durch eine Sozialgesetzgebung begleitet werden muß, die das Subsidiaritätsprinzip beachtet. Darüber hinaus wird bemängelt, daß gleichzeitig die Tendenz des Ministerrates bestärkt wurde, der intergouvernementalen Zusammenarbeit den Vorzug vor einer wirklichen Union zu geben. Damit aber, so geben die Liberalen zu bedenken, verursache man einen weiteren Vertrauensverlust der Europäer. Dies gelte auch für die neuen Entscheidungsverfahren, die zu kompliziert seien, als das sie von jedem verstanden werden könnten⁹. Auch aus diesem Grunde setzen die Liberalen ihre Hoffnungen auf die im Vertrag über die Europäische Union bis 1996 vorgesehene Revision. Gefordert werden eine Verringerung der Sitze im EP auf der Grundlage der degressiven Proportionalität, die Einführung eines einheitlichen, proportionalen Wahlsystems und ein Zeitplan für die Schritte bis zur vollständigen Demokratisierung der Europäischen Union.

Bezüglich der Außen- und Sicherheitspolitik stellt die ELDR fest, daß die EG in wachsendem Maße Verantwortung für die Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu übernehmen habe¹⁰. Der Prozeß der WWU, dessen Unumkehrbarkeit begrüßt wird, soll sozial flankiert werden, um somit die Kluft zwischen arm und reich in Europa zu vermindern. Eine Erweiterung der EG setzt für die Liberalen eine substantielle Vertiefung der institutionellen Struktur der EG voraus. Darüber hinaus möchte die ELDR die Ausarbeitung einer geschriebenen europäischen, föderalen Verfassung in Angriff nehmen. Diese soll noch vor den nächsten Wahlen für das Europäische Parlament vorliegen.

Die Erweiterung der Gemeinschaft

Bund der Sozialdemokratischen Parteien

Der Bund geht davon aus, daß die Gemeinschaft "für jeden demokratischen Staat Europas" offen sein sollte¹¹. Grundsätze sind dabei "vollentwickelte demokratische Institutionen" und eine "gemischte Volkswirtschaft auf der Grundlage eines freien Marktes". Die Errungenschaften der Gemeinschaft müssen bei einer Erweiterung erhalten bleiben¹². Die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird als wichtige Frage im Hinblick auf die Erweiterung der EG, vor allem mit Blick auf die bisher neutralen EFTA-Staaten angesehen¹³. Unterstützt wird

auch die Zusammenstellung einer europäischen Friedenstruppe unter der Verfügungsgewalt des UN-Sicherheitsrates.

Der Wandel im politischen System und der Prozeß der Demokratisierung im ehemaligen Ostblock wird begrüßt¹⁴. Dabei werden die Risiken nicht übersehen. Ein Ausbleiben des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Reformstaaten hätte ein Absinken großer Bevölkerungsteile unter die Armutsgrenze zur Folge: Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus würden dadurch begünstigt werden. Aus diesem Grunde sollen die reichen Industriestaaten – schon in ihrem eigenen Interesse – aktiv und intensiver als bisher die Reformstaaten unterstützen. Die Verhandlungen zur Assoziierung zwischen der EG und den Reformstaaten werden als Maßnahmen zur Unterstützung des ökonomischen Transformationsprozesses begrüßt. Hier offenbart sich eine Traditionslinie sozialdemokratischer Europapolitik: "Form follows Function" lautet das Credo dieser Politik, derzufolge zwischenstaatliche Einigung nur dann zustande kommt, wenn diese wirtschaftlich funktional ist¹⁵.

Europäische Volkspartei

Die Diskussion über die Erweiterung der EG stellt die EVP vor die Frage, ob sie bereit und fähig ist, sich für Partner in diesen Ländern zu öffnen, die zwar in den wesentlichen Themen mit ihr übereinstimmen, jedoch eine andere Tradition haben¹⁶. Die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa spiegeln sich bei der EVP in einer wahren Flut von Aufnahmebegehren potentieller Schwesterparteien der Reformstaaten wider. Im Unterschied zum Bund und der EDLR verfügt die EVP mit der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) über eine Organisation, mit der sie diesem Begehren entsprechen kann, ohne die eigentliche Parteiorganisation der EVP zu überfordern¹⁷. Die EUCD und die EVP unterscheiden zwischen dem Beobachterstatus und der tatsächlichen Mitgliedschaft. Bedingungen für die Aufnahme als Mitglied sind: die Gewähr einer freiheitlichen Rechtsordnung, freie und demokratische Wahlen; die neugewählten Parteien müssen zudem einen Teil der Bevölkerung vertreten. Der Beobachterstatus soll es dagegen den Parteien ermöglichen, sich zunächst einmal mit den Gremien und der Arbeitsweise der EUCD bzw. EVP vertraut zu machen¹⁸.

Die Prüfung der Anträge von Parteien obliegt der Arbeitsgruppe "Mittel- und Osteuropa"¹⁹ unter dem Vorsitz von Wim van Velzen. Diese Arbeitsgruppe gibt dem Politischen Bureau Empfehlungen, auf deren Grundlage dann über die Anträge der Parteien, die einen Beobachterstatus oder eine Mitgliedschaft beantragt haben, entschieden wird²⁰. Dabei wird eine Beteiligung von Gruppen, "die ehemals mit den Kommunisten kollaboriert haben", ausgeschlossen²¹.

1991 gelang es der EVP, die spanische Partido Popular als Mitglied zu gewinnen, eine Partei, die bislang keinerlei Beziehungen zur "historischen" Christlichen Demokratie hatte²². Die konservative Partei Großbritanniens bemühte sich seit 1989 um Aufnahme in die EVP-Fraktion. Auf Empfehlung der EVP-Konferenz vom April 1991 fand im zweiten Halbjahr 1991 eine gemeinsame Sitzung statt, die

ergab, daß eine enge Zusammenarbeit prinzipiell möglich ist. Am 14. Februar 1992 vereinbarten die der EVP angehörenden Partei- und Regierungschefs, der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament das Mandat zu erteilen, bis zum 1. Mai 1992 eine "Fraktionsgemeinschaft" mit den britischen Konservativen zu gründen²³.

Das Engagement der EVP und EUCD in Richtung Mittel- und Osteuropa drückt sich auch in der Eröffnung der "Christlich-Demokratischen Akademie für Mittel- und Osteuropa" in Budapest am 6. Oktober 1991 aus²⁴. Die Einrichtung wird kontinuierlich Bildungs- und Trainingsseminare für Teilnehmer aus Mittel- und Osteuropa anbieten, die in den christlich-demokratischen Parteien Funktionen übernommen haben oder übernehmen werden²⁵. Erste Erfahrungen machten die Schwierigkeiten beim Dialog zwischen den Kulturen deutlich und führten zur Forderung nach entsprechenden neuen Seminarkonzepten.

Sehr viel konsequenter als die beiden anderen Parteienbündnisse zielte die EVP von Anfang an auf die Bildung einer echten Partei. Dementsprechend verläuft die Entwicklung der EVP auf diesem Gebiet dynamischer, ein Umstand, der von den Sprechern der anderen Bündnisse durchaus anerkannt wird²⁶. Die neuen Gegebenheiten der menschlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realität fordern neue Stellungnahmen auch von den Parteienbündnissen. Die "Grundsatz-Programm-Kommission" der EVP arbeitet an einem Dokument, das Lösungsstrategien für die nationalen und internationalen Konflikte vorschlagen wird²⁷.

Europäische Liberale und Demokraten

Die Liberalen konzentrieren sich in ihrer Arbeit darauf, liberale Parteien in Mittel- und Osteuropa beim Aufbau zu unterstützen. Regelmäßige Konferenzen und die Vermittlung von Praktika bilden hierbei die Hauptaktivitäten. Darüber hinaus wirkt die ELDR als Clearingstelle für den Informationsfluß zwischen den liberalen Parteien in den Reformstaaten. Entsprechend den Erweiterungen des Statuts des ELDR von 1991²⁸ wurden die Folkpartei Liberalerna (Schwedische Liberalen) und die Zentrumspartei Finnlands als angeschlossene Mitglieder aufgenommen. Die ungarische FIDEZS wurde als Beobachter zugelassen.

Im November 1991 fand in Budapest die von der ELDR organisierte Konferenz "Political and Economic Freedom" statt, die die Konferenz von Warschau (1990) fortsetzte. Für November 1992 ist eine Konferenz in Prag geplant. Auch der Norderweiterung der EG wandten sich die Liberalen zu. Im Juli 1991 fand in Schweden eine Konferenz zum Thema "Sweden in an enlarged Europe" statt. Während die EVP bereits seit längerem über ein regelmäßiges Nachrichtenmagazin verfügt (dem EVP-Bulletin) wertet die ELDR es für sich als Erfolg, das es ihr gelungen ist, 1991 die ELDR-News-letter wieder herauszugeben²⁹.

Bilanz

Die Bedeutung der Europäischen Parteienzusammenschlüsse wächst. Bislang galten sie als in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Bündnisse, deren wesentliche Aufgabe es war, vor Europawahlen eine gemeinsame Wahlplattform für ihre Mitgliedsparteien herzustellen³⁰. Auf Initiative von Wilfried Martens (EVP) haben die Vorsitzenden der drei Föderationen in einem gemeinsamen Schreiben gefordert, daß in den Vertrag über die Europäische Union ein Artikel über den Beitrag der "Europäischen Parteien" zur politischen Konsens- und Willensbildung aufgenommen wird. Diese Initiative wurde in den Vertrag über die Europäische Union mit der folgenden Formulierung im Teil "Europäisches Parlament" aufgenommen: "Politische Parteien auf europäischer Ebene sind als Integrationsfaktor innerhalb der Union von großer Bedeutung. Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen". Für alle drei Parteienföderationen bedeutet der neue Art. 138a EGV nicht nur eine Anerkennung ihrer bisherigen Arbeit, sondern auch eine neue Herausforderung. Alle drei Parteienbündnisse werten diesen Teil des Vertrages als großen Erfolg. Solange aber das Europäische Parlament nicht mit den Rechten eines wirklichen demokratischen Parlaments ausgestattet sein wird, werden auch Artikel in europäischen Verträgen die Bedeutung der Parteienföderationen nicht stärken können. Allerdings handelt es sich hierbei um einen wahren Teufelskreis³¹: Die Schwäche des Europäischen Parlaments, so wird argumentiert, beruht weniger auf der Unzulänglichkeit seiner offiziellen Vorrechte, als auf der Introvertiertheit seiner Mitglieder, die der praktischen Mittel beraubt wurden, die europäischen Bürger um sich zu scharen³². Eines der Hauptprobleme aller Parteienföderationen liegt darüber hinaus in der mangelhaften Kommunikation zwischen europäischer und nationaler Ebene. Die Schwierigkeiten, diese Kommunikation angemessen und effektiv zu organisieren, hemmt nicht nur die Bemühungen der Parteienbündnisse, sondern wirkt sich auch problematisch bei der weiteren Entwicklung der Strukturen aus³³.

Die Parteienzusammenschlüsse stehen vor der Herausforderung, einerseits als Träger der Ideale und Interessen im Rahmen der Kompetenzen und der Macht der Nationalstaaten erhalten zu bleiben und andererseits ständige und homogene Strukturen zu schaffen, die die allgemeinen Interessen der Gemeinschaft und ihrer Bürger umfassen, um so zu einer Lösung der Probleme auf europäischem Niveau beizutragen. Sicherlich keine leichte Aufgabe, aber die politischen Parteienföderationen könnten somit zum Prüfstein für die demokratische Entwicklung des Europas von morgen werden.

Anmerkungen

1 Die EVP stellt darüber hinaus fest, daß die Verantwortung für die schwere Krise in "erster Linie durch die intransigente Haltung

des kommunistischen Regimes in Serbien" verursacht wurde. Vgl. EVP-Bulletin, Sept. 1991, Nr. 3.

- 2 Vgl. z.B. die Erklärung der Vorsitzenden der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien gegen das Wiederaufleben von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, in: Erklärung der Konferenz der Parteivorsitzenden Brüssel – 3./4. Dezember 1991.
- 3 Vertrag über die Europäische Union, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 16 v. 12. 2. 1992.
- 4 Schöndube, Claus, in: Europäische Zeitung, Mai 92. Vgl. dazu die Ausführungen im "Bericht des Institutionellen Ausschusses über die Ergebnisse der Regierungskonferenzen", Berichterstatter: David Martin, in: Europäische Gemeinschaft, Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, DOC-DE/RR/205517 (Martin-Bericht).
- 5 Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild (Hrsg.): Europapolitik der Parteien: Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas. Demokratie, Ökologie, Föderalismus, Bd. 8, Frankfurt/M. 1991.
- 6 Brüsseler Erklärung v. 3./4. 12. 1991 (Vorsitzende der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien der EG und Österreichs).
- 7 Bemängelt werden von der EVP auch die Regelungen, die eine gemeinsame Außenpolitik betreffen, EVP-Bulletin, April/Mai 1992, Nr. 2.
- 8 Vgl. "Tragen die Ergebnisse von Maastricht den Forderungen der EVP Rechnung?", Aufzeichnung: Hinweise für die Konferenz der Partei- und Regierungschefs der EVP, 14. 2. 1992, DOC-DE/PPE/201458.
- 9 Vgl. Resolution on the Results of the Maastricht Summit (Final adopted text), Brussels, 4. 2. 1992.
- 10 Dennoch soll die NATO die Grundlage der europäischen Sicherheit bleiben. Vgl. Final Adopted Text by the Political Leaders of the ELDR Member Parties commenting on the European Council Summit to be held in Maastricht on 9/10 December 1991, Brussels, 3. 12. 1991.
- 11 Orientierungsdokument – Kriterien für die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft und die zukünftige Erweiterung, Arbeitsgruppe "Zukunft Europas und der Europäischen Gemeinschaft im Lichte der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa".
- 12 Vgl. ebd.
- 13 Vgl. Bericht der AG "Zukunft Europas" 1992.
- 14 Resolutions of the SI Council Meeting, Santiago, Chile, 26–27. 11. 1991.
- 15 Woytinsky, W., zitiert nach: Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild, a. a. O., S. 16.
- 16 Dies gilt auch für die Länder, in denen aus historischen und kulturellen Gründen christlich-demokratische Parteien nicht entstanden sind oder sich nicht zu großen Volksparteien entwickeln konnten. Vgl. Jansen, Thomas: Memorandum: Die Entwicklung der Parteienlandschaft in Europa: Konsequenzen und Strategien für EVP und EUCD, Konferenz der Partei- und Regierungschefs der Europäischen Volkspartei, Brüssel 14. 2. 1992.
- 17 Vgl. Jansen, Thomas: Zur Entwicklung supranationaler Europäischer Parteien, in: Festschrift für Hans Buchheim; ders.: Europäische Christdemokraten überprüfen ihre "Doktrin", in: Die Politische Meinung, Heft 256 (1991).
- 18 Vgl. Niederschrift der Sitzung der Arbeitsgruppe EUCD/EVP "Mittel- und Osteuropa", 16. 1. 1991, Brüssel.
- 19 Vgl. ebd. Gleichzeitig stellt diese Arbeitsgruppe eine Plattform für den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedsparteien und deren wissenschaftlichen Instituten dar; vgl. auch: Jansen, Thomas: Memorandum, a. a. O.
- 20 Zum Stand der Beschluslage über die Mitgliedschaft/Beobachterstatus vgl. Niederschrift der Sitzung des Politischen Bureaus der EUCD am 4./6. Juni 1991; Beschluslage betreffend die Aufnahme von Parteien aus Mittel- und Osteuropa, EUCD, Brüssel 1991; Jansen, Thomas: Memorandum, "Dubliner Dokument", EVP, Dublin 1991.
- 21 Niederschrift der Sitzung des politischen Bureaus der EUCD am 12. 7. 1991 in Straßburg.
- 22 Vgl. ebd.
- 23 Vgl. EVP-Bulletin, April/Mai 1992, Nr. 2.
- 24 Vgl. ebd.
- 25 Vgl. EVP-Bulletin, September 1991, Nr. 3,

- vgl. auch: Jansen, Thomas: Memorandum, a. a. O.
- 26 Vgl. ebd.
- 27 Vgl. Sitzung der EVP-Kommission am 10. 1. 1992, Brüssel, eine neue Satzung war bereits Mitte 1991 verabschiedet worden, Politisches Bureau der EUCD am 5./6. 6. 1991, Luxemburg.
- 28 Vgl. Piepenschneider, Melanie: Die europäischen Parteienzusammenschlüsse, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 257.
- 29 Vgl. Ehlers, Christian: ELDR Activity Report 1991–1992, Brüssel 15. 6. 1992.
- 30 Vgl. dazu: Duverger, Maurice: Vers des partis européens, in: *Le Monde* v. 25. 1. 1992.
- 31 Vgl. Bulletin Quotidien Europe v. 27./28. 1. 1992.
- 32 Duverger, Maurice, a. a. O.
- 33 Vgl. hierzu Jansen, Thomas: Zur Entwicklung supranationaler Europäischer Parteien, a. a. O.

Weiterführende Literatur

- Bellers, Jürgen/Winking, Mechthild (Hrsg.): Europapolitik der Parteien: Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie im Ringen um die Zukunft Europas. Demokratie, Ökologie, Föderalismus, Bd. 8, Frankfurt/M. 1991.
- Ehlers, Christian: ELDR Activity Report 1991–1992, Brüssel 1992.
- Jansen, Thomas: Zur Entwicklung supranationaler Europäischer Parteien, in: Festschrift für Hans Buchheim, o. O. 1992.
- Jansen, Thomas: Memorandum: Die Entwicklung der Parteienlandschaft in Europa: Konsequenzen und Strategien für EVP und EUCD, Konferenz der Partei- und Regierungschefs der Europäischen Volkspartei, Brüssel 1992.